

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Ausleger 1.50 Mk pro Woche, 7.50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mk. pro Monat. Sprechannten für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlessen, c. B. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 23 885. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, 3. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die Doppelseite Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.10 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, Doppelseite oder deren Raum im Text 3.- Mk.

Der Dolchstoß gegen die proletarische Einheitsfront.

Die wirklichen Provokateure entlarvt. — Die März-Aktion ein Verteidigungskampf der kommunistischen Arbeiter gegen Görings Polizeieinbruch. — Der Weißmannsche SPD.-Spiegel-Chef Kralka kauft „Dokumente“ für 2000 Mark. — Trotz Heze und Verleumdung: Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die Stinnes-Diktatur!

Die „Entfaltungskampagne“ gegen die Kommunisten kann man nur werten im Zusammenhang mit der politischen Lage im Augenblick der Veröffentlichungen.

Die SPD., die vor allem seit Görlich und seit der Stinneskoalition in Preußen ihre Rolle wie ein betrübter Lohgerber fortzuschwimmen sah, — die Wahlen in Hessen, wo die SPD. 124.000 Stimmen mit einem Schlag verlor, zeigt das deutlich genug auf — hatte naturgemäß gerade in letzter Zeit ein starkes Bedürfnis nach zugkräftigem parteiagitorischen Material, um ihre wankenden Reihen zusammenzuhalten. Da sie mit positiven proletarischen Erfolgen nicht aufwarten konnte, mußte sie notgedrungen zu den schmutzigen Mitteln der Heze und Denunziation gegen die Kommunisten greifen.

Um so mehr war bei der SPD. das Bedürfnis nach einem zugkräftigen Schlag gegen die verhassten Kommunisten vorhanden, als man mit Schrecken sah, daß die Bestrebungen der Kommunisten, eine proletarische Einheitsfront gegen den lieben Verbündeten der Braun und Severing, gegen Stinnes, aufzubringen, bereits gute Erfolge zeitigte. Wir erinnern nur an die Anfangserfolge der Bildung einer proletarischen Kampffront in Berlin auf der Basis der Betriebe mittels eines allgemeinen Reichsbetriebsratkongresses. Um so gieriger griff die SPD. nach dem rettenden Strohhalme der Kommunistendenunziation, als selbst weite Kreise der Arbeiter der SPD. ebnsojoch die Untätigkeit der Herrn sozialdemokratischen Minister in Sachen der Teuerung und der Steuern verurteilten, wie sie der Methode ihres Parteiführers Madbrach, der zwar hungerstreichende Revolutionäre in den Zuchthäusern beließ, aber Kappverbrechern nach wie vor kein Härchen auf dem Haupte krümmte, verständnislos gegenüberstanden. Um so habereiflicher stürzten sich die Scheidemannier auf die Kommunisten, als sie sahen, daß überall vor allem die Arbeiter der USPD. mit der SPD. in eine starke Kampffront einzuschwenken begannen.

Mit einem Wort: Der Vorstoß der SPD. war darauf berechnet, die werdende proletarische Einheitsfront zu zerlegen. Ein Vorgehen, das schon deswegen als Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse bezeichnet werden muß, weil die erste praktische Auswirkung dieses Dolchstoßes die Behinderung der Amnestierung der kommunistischen Arbeiter war. Ganz abgesehen davon, daß in einem Moment neuer Sprunghöhe in die eben erst sich aufspinnende Einheitsfront der Arbeiterklasse hineingetragen wird, wo es mehr denn je einer geschlossenen einigen Kraft des gesamten Proletariats bedarf, um einer reaktionären Verleumdung und Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse zu entgegen.

In einem Augenblick erfolgt der Giftspritzer gegen die SPD., wo die Bourgeoisie rüster, um endgültig die Lasten des Krieges auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, wo Hunger, Elend und Not im Bunde mit schamlosem Wucher die Massen bedrücken, wo Achtstundentag, Streikrecht, Betriebsratsgesetz in Frage gestellt werden durch Stinnes, wo die letzten Schätze der Nation, Post und Eisenbahn, in Seegriff stehen, dem Privatkapital anheimzufallen.

Fürwahr, die SPD. hat alle Ursache, gerade in diesem Moment über eine Arbeiterpartei eine Schlammstut wüster Verleumdungen zu schütten!

Aber hier wird blitzartig das ganze sozialverräterische Wesen der SPD. entblüht:

Zu Augenblick der höchsten Not der Arbeiterklasse wendet sie ein Bündnis mit der USPD. zurück und bewirft die USPD. mit Dreck, nur um desto schlaggeisterter mit Stinnes den Bund gegen das revolutionäre Proletariat eingehen zu können.

Wir Kommunisten fürchten das Urteil der Geschichte der proletarischen Klasse nicht. Die SPD. sieht selbst manche Fehler, die sie in den Märztagen begangen hat. Es sind dies aber nicht Fehler gegen die Arbeiterklasse, sondern Fehler, die zunächst ausgelöst wurden durch den bekannten Angriff Görings in Mitteldeutschland, und dann

im Höchstkall solche eines zu stürmischen revolutionären Vordrängens einzelner Elemente der Partei sind. Ueber diese Fehler zu urteilen, dazu haben jedoch in keinem Falle das Recht jene Roske, Göring, Dine, Ervering, Schneppenhorst, Wels, die nicht aus taktischen Fehlgriffen heraus, sondern als Lakaien der Bourgeoisie. Abertausende von Proletarier zu Ruß und Fremden des Geldsacks ermorden ließen.

Wo sitzen die Provokateure?

Eine klare Antwort darauf gibt die amtliche Denkschrift über die „Märzruhen“. Außerdem hat Severing persönlich kurz nach den Märzvorgängen in der Presse festgestellt, daß die Polizeiaktion seinerzeit hätte erfolgen müssen, um das „Gewitter zur Entladung“ zu bringen, da sonst die „Schwüle“ geblieben wäre.

Der Haß aus der amtlichen Denkschrift lautet:

Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbaren drohenden, aus sich heraus losbrechenden Aufbruchsbewegung in Mitteldeutschland trotz aller Heze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März dieses Jahres, anzunehmen war. Erst durch die Entsendung von Schutzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, den immer mehr sich häufenden Uebergriffen und Geschwürigkeiten wie dem anwachsenden Ueberzertum unter der Arbeiterklasse entgegenzutreten, kam der Stein ins Rollen. Die Ereignisse kam zum Ausbruch; jetzt erwies sie sich allerdings als wesentlich erträglicher, als man hätte annehmen müssen.

Hiernach ist zusammenfassend hervorzuheben: ein Gefahrherd bestand in Mitteldeutschland, und zwar nicht erst seit kurzem, sondern seit der rapiden Industrialisierung des Merseburger Bezirks. Kennbar drohend erschien aber die Gefahr nicht, sie wurde es erst, als die schließlich unabwiesbar gewordene Aktion zur Wiederherstellung der Staatsautorität einsetzte.

Die Ausführungen Severings im „Getreuen Eckart“ besagen:

„Wäre der Einsatz von Polizeikräften so massiert worden, wie es heute (vermutlich aus parteipolitischen Erwägungen) als größte Weisheit bezeichnet wird, dann wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen, die Schwüle aber geblieben. Sicher hätte die Polizei einige Waffen gefunden, Dynamit den rechtswidrigen Besitzern wieder zugeführt und Rowdys zur Anzeige gebracht. Aber zu einer völligen Beruhigung hätte dieser Erfolg nicht geführt, der Zustand wäre latent geblieben.“

Diese Erklärungen Severings geben also zu: 1. Daß die Gefahr einer „Aufbruchsbewegung“ in Mitteldeutschland „trotz aller Heze der Kommunisten“ nicht anzunehmen war. „Erst durch die Entsendung von Schutzpolizei... kam der Stein ins Rollen.“

2. Der „Gefahrherd“ in Mitteldeutschland entstand nicht durch die „Heze der Kommunisten“, „sondern durch die rapide Industrialisierung des Merseburger Bezirks“, eine rein wirtschaftliche Tatsache also.

3. Selbst Severing gibt zu, daß sogar die USPD. erst die Polizeiaktion Görings als „willkommenes Mittel“ ansah, eine Teilkaktion „anzuzetteln und auszubreiten“.

Wir fragen daher erneut: Wo sitzen die Provokateure?

Hernunter mit der Heuschlermaske!

Wieviel Ursache die edlen Herrn Menschennäsen haben, sich aus tiefstem Herzen über die „Gewaltmethoden der Kommunisten“ jütlich zu entrichten, das dürfte nur diese kleine Probe aus unserem großen Zitatensack über die Tätigkeit der Renegaten während des Krieges beweisen: „Wenn wir bisher gewohnt waren, den Krieg lebendig unter dem Gesichtsmittel der gesellschaftszerstörenden Kräfte zu betrachten und ganz besonders von einem künftigen drohenden Weltkrieg nur die eine Vorstellung hatten, daß er die Auflösung alles Bestehenden bedeute, so haben die Tatsachen uns eines anderen belehrt. Der Krieg schafft

Situationen, die nicht gesellschaftsauflösend, sondern in hohem Maße gesellschaftsfördernd wirken, die in allen Volksschichten in ganz ungeahntem Maße soziale Kräfte wecken und sozialfeindliche Bestrebungen (!) eliminieren (auslöschen). Sie wirken nicht zerlegend, sondern einigend, und stellen ein großes einheitliches Volksganzes her, das von dem gleichen Selbsterhaltungsinteresse, von demselben Drang, sich zu behaupten und siegreich durchzugehen, besetzt wird. Ob man solche Kriege als populäre Kriege, Volkskriege, nationale Erhebungen bezeichnet, erscheint unwesentlich. Wesentlich dagegen ist, daß die Notwendigkeit oder Unabwendbarkeit einer Entscheidung durch die Waffen von allen Volksschichten im gleichen Maße erfaßt und anerkannt wird, und daß der Krieg als eine nationale Pflicht empfunden wird, der sich kein Wehrfähiger entziehen darf, ohne sich an der Gesamtheit zu verjüngen. In diesem Stadium ist aber der Krieg eine Angelegenheit des ganzen Volkes, und er ist, wie kaum irgend ein anderes Ereignis geeignet, sozialistisch (!!!) zu wirken.

Berlin, den 5. September 1914.
Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.“

Die Liegnitzer Volkszeitung belegte uns kürzlich mit dem geschmackvollen Namen „kommunistischer Verbrecherlump!“

Hier aber wird ein sozialpatriotischer Verbrecherlump entführt, der Millionen Arbeitern das Leben gekostet hat.

Diese Verleumder der Kommunisten rücken weit ab von deren „Verbrechen“. Sie sind prinzipiell gegen jeden Terror und revolutionären Bürgerkrieg, denn das Menschenleben ist für sie das kostbarste Gut.

Aber so dachten sie nicht immer! Es gab eine Zeit, in der sie, wie aus nachstehendem Kriegsausruf ersichtlich ist, das millionenjahe Hineinschlachten während des Weltkrieges als hohe jütlich-nationale Pflicht bezeichneten:

Sie verabscheuen, wie ersichtlich, die Gewaltanwendung nur, wenn sie von Arbeitern ausgeht wird. Liegt sie im Interesse der Bourgeoisie, geben diese Pazifisten dazu ihren Segen.

Wie ein Klassenbewußter Arbeiter über die Denunziationen denkt.

Die Berliner Rote Fahne ist in der Lage, folgenden Brief zu veröffentlichen, den wir abdrucken:

Hatte ich bis dazu für das sogenannte „Arbeiterblatt“, den „Vorwärts“, schon nichts übrig, so erfaßt mich jetzt ein Ekel darüber, wenn ich an die beiden Artikel „Die Opfer der Kommunisten“ und „Die Blutschuld der Kommunisten“, die der „Vorwärts“ in jeter Hefterschrift auf der ersten Seite des Hauptblattes vom Freitag, den 23. November, und Sonnabend, den 25. November, bringt.

Ich war vor dem Kriege Abonent des „Vorwärts“ und habe mir die letzten Nummern, bis zu welchem Tage der „Vorwärts“, oder überhaupt die Mehrheitssozialdemokratie Arbeiterpolitik trieb, aufgehoben, das war der Tag vor Kriegsausbruch. Seitdem geht es mit diesem Blatt und seiner Partei rajend abwärts. Verrat der Arbeiter folgt auf Verrat. Und die Krone seiner schamlosen Heze gegen die Einigung des Proletariats hat er sich wohl jetzt mit den zwei betreffenden Artikeln selbst aufgesetzt.

Er erdreistet sich, zu sagen, er halte es für seine Pflicht den Arbeitern über die Schurkenfreiche der Kommunisten die Augen zu öffnen. Er, das Organ der Partei, dessen Führer die Arbeiter scharenweise niedermegeln ließ, und zu Tausenden in die Zuchthäuser werfen. Ich bin ein einfacher Arbeiter, aber jonet begreife ich doch und nehme das auch von Tausenden meiner Arbeitsbrüder an, daß eine Partei, die einen Roske, Göring und Konjorten noch in ihren Reihen duldet, nicht das mindeste Recht hat, über eine andere Partei herzufallen, selbst wenn diese eine annähernd gleich große Schuld wie die Mehrheitssozialdemokratie auf ihre Schultern geladen hätte.

Doch zur Logik des „Vorwärts“ über den „März-Aufstand“. Gehebt den Fall, ich wäre mit einem braven Freund und Genossen wegen politischer „Vergehen“ eingekerkert. Unser Drang nach Freiheit spürte jede Gelegenheit aus und wäre sie noch so unglücklich, um aus dem Kerker zu fliehen. Ich finde eine Gelegenheit. Mein Freund und Genosse ist pessimistisch. Er zweifelte an dem Erfolg.

Ich will ihn aber nicht der Brutalität des Kerkermeisters überlassen. Ich überrede ihn nochmals und der Drang nach Freiheit ist bei ihm auch so groß, daß er mir endlich folgt. Die Flucht gelingt nur zum Teil. Mein braver Freund wird von einer Ordnungsbefehls erschossen, ich entkomme. Nach Ansicht des „Vorwärts“ habe ich die Blutschuld auf mich geladen. Ich bin dann eben der Mörder meines besten Freundes, trotzdem ich das Beste für ihn gewollt. Seltsame Logik. In derselben Weise verfähre ich als einfacher Arbeiter im März-Aufstand.

Doch darüber, ihr Herren vom „Vorwärts“, mögt ihr denken wie ihr wollt — eins ist sicher, Euer Manöver ist zu durchsichtig. Ihr wolltet, wie schon hundertmal, die Einheit des Proletariats verhindern. Von Arbeiterwohnhilfe zu Arbeiterwohnhilfe, von Betrieb zu Betrieb werden wir gehen, den Arbeitern eure Artikel zeigen und mit diesen Artikeln das Blutmeer veranschaulichen, in dem bis dato diese „jungen Führer“ der Arbeiter gewatet sind.

Eine Partei, die mit Stinnes paktiert, kann und darf die Einigung des Proletariats nicht stören, oder auch sie wird einmal unsere Häute zu spüren bekommen.

(gez.) Richard Frische.
Berlin S. 59, Fichtestr. 15.

Ein weißer Rabe.

Der Gerechtigkeit halber muß festgestellt werden, daß doch nicht alle SPD-Blätter in eine so wilde Hese gegen die Kommunisten fallen, wie der „Vorwärts“ begonnen und besonders auch die hiesige „Volkswacht“ ihm nachgeahmt hat. In einem sachlichen Artikel schreibt unter anderem die Chemnitzer sozialdemokratische „Volkstimme“:

„Wir wissen uns frei von jenem tölpelhaften Hah, der in manchen Köpfen von dieser oder jener proletarischen Partei spukt und wir wissen uns ebenso frei von jener kleinlichen Parteileidenenschaft, die selbst das ungeheure Geschehen in Rußland nur unter dem Gesichtswinkel der Parteiagitatorik betrachten kann.“

„In einem hat die Taktik der Kommunisten gelernt: seit den Erfahrungen des Holz-Eutiches, der von der riesengroßen Mehrheit des Proletariats abgelehnt wurde, suchen sie ihre Aktionen nunmehr in die allgemeine Bewegung hineinzustellen. Diese Taktik ist von einer primitiven Einfachheit, aber darum auch um so gefährlicher.“

Was die „Volkstimme“ über die Gefährlichkeit der Taktik sagt, können wir ihr nachsehen, da jedenfalls nicht die Arbeiter unter einer Erklärung der kommunistischen Bewegung zu leiden haben. Jedenfalls berührt diese eine sozialdemokratische Stimme mitten im wüsten Lärm der vereinigten Gegner um so angenehmer.

Die Stellung der KPD zu den Märzvorgängen.

Die Herrn Denunzianten hätten es leicht, sich über die wirkliche Stellung der Partei zu den Vorgängen an Hand der offiziellen Veröffentlichungen und Aufrufe der KPD zu informieren. Aus Böswilligkeit ignorieren sie natürlich alles, was zugunsten der Partei spricht und stützen sich natürlich ganz einseitig lieber auf Spitzmaterial und auf die Phantasieprodukte irgend welcher Unverantwortlicher. Darum sei kurz festgesetzt, daß die Bezirksleitung von Halle-Merseburg ganz eindeutig stets nur zum Abwehrkampf, und zwar durch das wirtschaftliche Mittel des Generalstreiks angefordert hat.

Der entscheidende Satz der Aufrufe vom 19. März lautete:

„Verweigert eure Arbeitskraft überall dort, wo man eure Arbeitsstätte durch Militär oder Sipo besetzt. Tundet

nicht, daß eure friedliche Wohnstätte ein Aufmarschgelände der Konterrevolution wird.“

Die dem „Vorwärts“ von Weismann zur Verfügung gestellten tendenziösen Berichte lagen den Vertretern sämtlicher Bezirksleitungen des Oberbezirks Mitteldeutschlands in einer Sitzung am 3. Mai vor. Diese Vertreter beschlossen einstimmig folgende Erklärung:

Die Kreise der Partei, die sich um Paul Levi gruppieren, verbreiten in den Organisationen geflissentlich allerlei Verüchte, wonach die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland Provokationen angeordnet und sinnlose terroristische Attentate veranlaßt habe.

Demgegenüber erklären die Vertreter der einzelnen Bezirke und der Oberbezirksleitung Mitteldeutschlands:

Die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland hat in keinem einzigen Falle Anweisung gegeben, die darauf hinausgingen, die Aktion der Massen durch Einzelterrorakte zu ersetzen oder mittels Dynamitattentate oder Provokationen sogenannte Hauptstimmung zu erzeugen. Im Gegenteil hat sie stets jede dahingehende Anregung auf das energischste bekämpft und wiederholt sinnlose Handlungen durch ihre Eingriffe verhindert.

Zusätzliche stellt die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland fest:

1. Die Attentate auf die Gerichtsgebäude in Sachsen und auf die D-Jüge im Bezirk Halle-Merseburg waren bereits erfolgt, bevor die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland überhaupt zusammengetreten war.

2. Der Kampf im Mansfelder Gebiet war ebenfalls beim ersten Zusammentritt der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland bereits in vollem Gange, er kann demgemäß auch nicht von ihr provoziert worden sein.

3. Die Sprengungen in Halle und in Thüringen sind gegen den ausdrücklichen Willen und die Anweisungen der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland erfolgt.

4. Zwischen der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland und Max Holz hat vor, während und nach dem Kampfe keinerlei Verbindung noch Verkehr bestanden. Die Oberbezirksleitung trägt daher keinerlei Verantwortung für die Handlungen dieses Mannes. Gleichwohl hat sie unablässig, aber leider immer vergebens versucht, Max Holz von seinem eigenmächtigen Vorgehen abzubringen.

Dieselben Berichte lagen ebenfalls dem Zentralauschuss in einer Sitzung am 5. Mai vor. Zu dieser nahmen Stellung alle Beteiligten. Sie wurden einstimmig als eine tendenziöse Macho abgelehnt. Der Zentralauschuss beschloß folgende Resolution:

Der Zentralauschuss erklärt, daß die von der Opposition gegen die Märzaktion als Material über den Zustand der Partei schriftlich verbreiteten Nachrichten zum größten Teil bewusste Unwahrheiten oder leichtfertige Behauptungen sind, die schädigend für die Partei gewirkt haben.

Der Zentralauschuss spricht seine schärfste Mißbilligung gegenüber den Zuträgern und Verbreitern dieses Materials aus, erteilt ihnen eine Rüge und beschließt: Wer weiterhin solche lügenhaften und dramatisierenden Material herausgibt und verbreitet, ist aus der Partei auszuschließen.

In der Sitzung des Zentralauschusses der Partei vom 3. Mai 1921 wurden „Einsätze zur Taktik der Kommunistischen Internationale“ angenommen, in denen es heißt: Einzelaktionen der Gewalt sind in der Übergangsperiode nur zureichend als notwendige Bestandteile militärischer Aktionen. Sie sind zu verwerten als Mittel, die die Massenaktion erziehen oder hervorbringen sollen.“

Eine Erklärung des Genossen Oelsner.

Genosse Oelsner, der als Bezirkssekretär von Halle-Merseburg während der Märztagung neben dem Genossen Oberlein in aller „Enthüllungen“ viel genannt und angegriffen wird, gab auf der letzten Versammlung in Bres-

lau zu den mitteldeutschen Vorgängen folgende Erklärung ab:

„Die veröffentlichten Protokolle sind nichts als Verdrehungen von Tatsachen durch Genossen, die bereits vor der Märzaktion in Differenzen mit der Bezirksleitung Halle-Merseburg gekommen waren. Sie entstanden aus Parteistreitigkeiten zur Deckung des Disziplinbrosches, Legi und werden durch authentische Protokolle widerlegt. Festgestellt ist, daß sich der Zentralauschuss der Partei erst am 18. März mit dieser Angelegenheit befaßte, nachdem bereits am 14. März die Regierung und Vertreter der sozialdemokratischen Parteien mit der Großindustrie die Ueberfallaktion in Mitteldeutschland beschlossen hatten. Die Märzaktion war für die kommunistische Bezirksorganisation Halle-Merseburg ein reiner Abwehrkampf gegen die Absicht der Regierung, sie zu vernichten. Persönliche Gewalt- und Terrorakte lehnte sowohl die Bezirksleitung als auch ich als ihr Vorsitzender ab. Die Bezirksleitung hat nicht zum bewaffneten Aufruf, sondern zum Generalstreik die Massen aufgerufen, wie die Aufrufe der Bezirksleitung beweisen. Die Kampfhandlungen im Aufruf aber brachen spontan aus den Massen aus. Ueber sie entscheidet nicht die bürgerliche Klassenjustiz, sondern die Geschichte.“

gez. Oelsner.

Die Breslauer „Enthüllungen“.

Wer veröffentlichte das Material?

Wie der Genosse Oelsner in der letzten großen Versammlung unter allgemeiner Zustimmung dargelegt hat (wir haben bereits in der gefrigen Nummer einen kurzen Bericht darüber gebracht), sind die unerhörten Beschuldigungen von der beabsichtigten Gewerkschaftshausprengung und alle die übrigen Verleumdungen ein widerliches Konglomerat von Spitzelprovokation, Dummengungenstreich, Klatsch, Wichtigkeit und Renegatenphantasie.

Niemand anders als der frühere Bezirkssekretär Ziegler, der, wie wir hören, wieder in den Schoß der USPD zurückzukehren beabsichtigt, hat oft genug offiziell und öffentlich festgestellt, daß die Partei sowohl als auch er als Sekretär jede Verantwortung für irgendwelche angebliche Attentate von Partei wegen entschieden ablehnt. Solche Attentate im Auftrage der Partei beständen nur in dem Gehirn überhöhter Phantasten oder sind der Ausfluß von Dummengungenstreichen völlig unverantwortlicher Personen.

Das „Material“ ist von dem Spitzelchef Weismanns im Oberpräsidium, von dem SPD-Mann Kraska, für 2000 Mark einem Renegaten der Partei abgekauft worden.

Es ist seit sieben Wochen in den Händen Kraskas, der offenbar sich bis dahin nicht selbst lächerlich machen wollte durch ein Vorgehen auf Grund der „Dokumente“. Erst der Giftspritzer des „Vorwärts“ hat sichtbar ihm und der „Volkswacht“ den Mut gegeben, sich dem Gespött aller Klassenbewußten Arbeiter auszusprechen.

Was ist zu tun?

In einem beachtenswerten Leitartikel stellt die „Metallarbeiterzeitung“ am Ende folgendes fest:

„Wir alle sind an allem schuld! Wir alle, die bürgerlichen und die sozialistischen Demokraten, haben durch Latenzlosigkeit und Zerplitterung die Kriegspolitik, den Krieg und damit seine Niederlage, dann die erneute Dreistigkeit der Reaktion mit der Unerbarmtheit der Industrieherrn ermöglicht. Wir werden dergleichen, wenn nicht noch schlimmeres ermöglichten, wenn uns Lutz und Eingetriggert im Handeln auch weiterhin mangeln.“

Wir haben hier vor allem noch zuzufügen, uns besonders an die Arbeiter der SPD. wendend:

Tundet nicht, daß gewissenlose Führer die proletarische Einheitsfront zerbrechen.

Geht über zum Zusammenschluß aller Werktätigen, um erfolgreich den Kampf führen zu können gegen die wirtschaftliche und politische Stinnesdiktatur!

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT
UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

20.) „Ich soll nicht unterbrechen.“ Herricht die Kommune, so werde ich eingesperrt, weil ich ein Bourgeois bin. Eben die Bourgeoisie, so soll ich mich aus dem Lande stellen, denn die Kommune wurde von Juden gemacht! Wo ist denn da ein bißchen Verstand? Wohin soll ich denn gehen, wo soll ich leben, wo habe ich ein Recht, zu leben? Und man sagt mir, mach dich hinaus, denn ich verachte nicht zu einem Ungarn zu werden, andererseits aber reißt man mir sogar unter die Nase, daß ich einen ungarischen Namen annehme! Und überhaupt, jetzt plöpsch ...“

Er verstummte.
„Aber was sprache ich denn hier“, — fuhr er sich, mit erzwungenem Lächeln fort. — „Nachher, vergehen Sie mir, was erzählt ich Ihnen solche Dinge, jetzt und gerade Ihnen?“

„Ja, und Sie haben mich unterbrochen.“ ... Kann ich wollte sagen ... jawohl! Wissen Sie, insbesondere jetzt, da ich drüben wieder in meine alte Umgebung zurückgekehrt bin, sehen Sie, ich kann nichts dafür, ich mag Ihre Nase nicht leiden, lieber Abel. Aber, vergeblich, das sind ganz andere Menschen! Wissen Sie, was bin ich voller Begeisterung. Diese Bourgeoisie, es ist nun einmal so, der Bourgeoisie des gebornen Herrn, ja, und diese Ehrerbietung, wie sie leben, gehen, sprechen, sich unterhalten, und wie sie leben, mit dem alten Geruch ...“

Abel lächelte noch immer, aber nun nicht mehr erzwungen, sondern mit der unermesslichen Fülle der über-

legenen Menschen, deren herrlichen, wahren Glauben andere zerstören wollen. Dieses Lächeln sagte: ja, du elende Bestie, also bloß jene sind die Vornehmen, sprich nur, entblöße die häßlichen Gemeinheiten, jetzt dich nur ganz, du kleines angeekeltes Geschöpf, wühle nur in mir, ich verabsichere dich überhaupt! ... Du hast Recht, nur jene sind die Vornehmen, denn du hast mir noch zu wenig getraut, du, du Bestie!

„Und wissen Sie“, — begrüßte sich Lola ungehört weiter — „Wenn ich Sie mit denen vergleiche, dann ...“

„Wissen Sie, Sie haben meinen Leichtsinn sehr unterschätzt, als ich einmal gesagt habe: heiraten Sie mich.“
„Nun es Lola eingestanden, Abel kann anzusehen, sie würde es sich erlauben sein. Abel lächelte nachsinnlich. Sein verzerrtes Gesicht sagte: Du Anwalt der Welt, wie niederrückig ist doch dein schönes Gesicht! Ich habe deinen Leichtsinn unterschätzt? ... Keine einzige wahre Umarmung hast du mir gegeben und heute sitzt du auf meinem Gut, in meinem Korb, du ... du, was soll ich dich nennen? Du Lauge!“

„Wissen Sie“, — plapperte Lola weiter — „es kostete mich die größte Anstrengung, meine Magdenschwänke zu behalten, denn ich war ja die Frau eines Juden geworden! haben Sie eine Ahnung, was für die die Frau eines Juden bedeutet? Sie können es sich ja denken.“

Abel nickte spöttisch.
„Dies verdammt ich Ihnen!“ — sagte Lola gereizt.
„Sie sitzt nun in Neben aus. Ich habe Abel an. Festige hat er nicht.“

„Weshalb lachen Sie so herzlich? Ich danke das nicht! Auch dies ist das Größte Ihrer klugen Absicht, daß prahlende Größten darüber, daß Ihr Geld habe! Abscheulich!“
Abel schweig, doch vermerkte sich sein Gesicht nicht zu glücken. Und nun sagten jene Jüde, aber nicht Geld ist nicht abgesehen? Was?“

„Ich verabsichere Sie!“ — sagte Lola. — „Alles der-“

Gut ... Doch werde ich den Stempel, den Sie all dem aufgedrückt haben, schleunigst verwischen! Ich soll alldies wohl gar nicht annehmen? Soll mich wohl mit leeren Händen hinausstoßen lassen! Soll zum Teufel gehen! Soll glücklich sein, daß ich die Frau des gnädigen Herrn Abel sein durfte! Wenn ich nur kein Geld koste? Was?“

Abel fiel in seine alte Weichheit zurück, denn Lola griff mit einer Meisterhand auf jene Seite hinüber, die in diesem Menschen die empfindlichste war. Niemand möge glauben, daß er der verachtete Jude, nicht dennoch der vornehme Mensch sei.

„Bitte“, — begann Abel ohne jeden Spott und in bitterem Ton — „sagen Sie dies nicht, denn ich verdiene es nicht. Ich glaube, Ihr Rechtsanwalt hat Ihnen bereits referiert: ich habe jedem Ihrer Wünsche entsprochen, ver-fügen Sie auch weiterhin über mich. Und auch Ihren neuen Wünschen deretwegen Sie mich zu sich gebeten haben, will ich mich ebenfalls völlig unterwerfen.“

Lola rauchte sich eine Zigarette an. Sie nahm Abels Worte entgegen, als wäre deren Inhalt und Wert so belanglos, daß sie nicht einmal eine Antwort verdienen. Sie blies lässig den Zigarettenrauch aus und sagte trocken:

„Es ist in Ordnung, wir können diese Fragen morgen mit dem Notar und meinen Ratgebern, die ich herbeiholt habe, erledigen. Leider können sie erst morgen kommen. Sie bleiben selbstverständlich hier und ich bitte Sie, es sich in Ihren Zimmern bequem zu machen. Ich dachte, am liebsten würden Ihnen die Zimmer des Großvaters sein, und ich habe auch schon die entsprechenden Verfügungen getroffen. Ich ließ dort noch alles beim alten. Aber Sie können viel leicht auch dort die Einrichtung weggeschaffen lassen, denn ich kann diesen Plunder im Keller nicht brauchen.“

„Ich danke Ihnen.“
„Und noch etwas ... Heute Abend werde ich Geld haben, Offizier, Angehörige der neuen Nationalarmee ...“

(Fortsetzung folgt)

Blutgesetze gegen Kommunisten in Polen.

Die Sozialdemokratie Polens für die Todesstrafe für kommunistische Revolutionäre. — Die Revolutionierung macht Fortschritte. — Zerfall der PPS.

Das polnische Proletariat lehrt mehr und mehr den polnischen Sozialistenberrättern, den Daczynski, Morawski u. Co., die in nichts den Koste, Hörsing, Severing, Heine usw. nachsehen, den Rücken. Die in letzter Zeit in Polen vorgenommenen Wahlen, so vor allem die Krankenkassenwahlen in Warschau und dem Kohlenrevier Dombrowa, haben bewiesen, daß trotz der grausamen Verfolgungen der Kommunisten diese vielerorts bereits die Mehrheit der Proletarier auf ihrer Seite haben. Die PPS, die wie die SPD. in Deutschland eine Regierungspartei ist — Herr Ebert entspricht in Polen Herr Biljucki — ist schon immer mit ihrer Regierung, die nichts anderes bis zum heutigen Tage ist als ein Kettenhund des Ententekapitals, durch Dick und Dünn gegangen. Vor allem haben sich PPS.-Kreise im hervorragenden Maße an der „Defensive“, der politischen Geheimpolizei zur Ausschaltung des Kommunismus, beteiligt. Nunmehr ist der PPS. durch den Siegeszug des Kommunismus in Polen der Schreck so gewaltig in die Glieder gefahren, daß sie zu dem Gemeinsten greift, was jemals eine sich sozialistisch nennende Partei tun kann.

Sie unterstützt offen und zynisch, selbst im Parlament die Zuchthausgesetze, die vom Sejm gegen die Kommunisten beraten wurden, und die alles in den Schatten stellen, was bisher an Ausnahmegeetzen gegen revolutionäre Arbeiter jemals von einem kapitalistischen Staate beschlossen wurde.

Folgende Meldung vom 30. November kommt aus Warschau:

Das polnische Parlament hat heute den Nachtrag des Innenministers Dornarovic zu dem aus der Zarenzeit stammenden Antikommunistengesetz angenommen. Während durch dieses Gesetz die „kommunistische Gesinnung“ mit 15 Jahren Kerkerstrafe bestraft wurde, bedeutet der Nachtrag die Verstrafung dieser Gesinnung mit dem Tode. Außerdem gibt dieses neue Ausnahmegesetz der Polizei das Recht, jeden des Kommunismus verdächtigen Staatsbürger ohne gerichtliche Verfügung in Haft zu halten und auszuweisen. Zur Beurteilung dieses Gesetzes seien folgende Bestimmungen zitiert: Wer Anschauungen verbreitet, welche auf Emsetzung des Sowjetregiments abzielen, wird mit einer Kerkerstrafe von zwei bis zehn Jahren bestraft. Wer an einer direkten Aktion teilnimmt, deren Ziel es ist, das bisherige Regime zu stürzen und die Herrschaft einer Klasse aufzurichten, wird mit dem Tode bestraft. Die Sozialdemokraten stimmten für dieses Gesetz.

Es ist natürlich keine Rede davon, daß diese von den Sozialdemokraten genehmigte mittelalterliche Blutgesetzegebung nur die „demokratische Republik“ schützen soll, denn zu derselben Zeit tritt man selbst die primitivsten Rechte des parlamentarischen Systems durch Auslieferung des kommunistischen Abgeordneten Dombal an die Gerichte mit Füßen. Die Zuchthausgesetze sind vor allem zu dem Zweck gemacht, um den voraussichtlich großen Erfolg der Kommunisten bei den Sejmwahlen durch Kerkermauern und im Blut zu ersticken.

Das ist die bürgerliche Demokratie, wie sie lebt und lebt, jene Demokratie, die das herrlichste Gut aller Sozialpatrioten vom Schlage der Scheidemann und Daczynski ist!

Die PPS. zerfällt.

Es ist kein Wunder, daß unter solchen Umständen die halbwegs anständigen Elemente der PPS. in steigendem Maße der Partei den Rücken kehren. Besonders in Galizien und in Polen ist die Bewegung zur kommunistischen Partei sehr stark.

Wie „Wpered“ mitteilt, hat sich nunmehr auch auf einer Konferenz in Warschau eine neue sozialistische Partei zentralistischer Elemente gebildet.

Das Blatt fügt folgende Bemerkung hinzu:

„Der polnische Sozialismus, der jetzt eine schwerwiegende Krise durchlebt, löste die Organisationen des polnischen Proletariats auf. Die mit dem Sozialpatriotismus und dem Imperialismus der P. P. S. und mit deren Dienst bei der polnischen Bourgeoisie unzufriedenen polnischen Arbeiter verlassen massenweise die Partei. Wenn man nach der ersten Broschüre, die unlängst erschienen ist und die scheinbar

im Auftrage der neuen Partei herausgegeben wurde unter dem Titel „Auf dem richtigen sozialistischen Weg“ von St. Nowicki (Kalisch 1921), urteilen soll, wird sich die neue Partei auf die Plattform der deutschen unabhängigen sozialistischen Partei stellen und ihren Beitritt zur Wiener Zweieinhalbten Internationale anmelden. Dieser Partei schließen sich angeblich auch die polnischen Serraitaner an.

Inwiefern „Wpered“ Recht hat mit der Mitteilung, daß auch die „Rechte der polnischen Kommunisten“ sich der neuen Partei angeschlossen habe, ist im Augenblick mit Sicherheit nicht nachzuprüfen.

Jedenfalls sind die Vorgänge ein deutlicher Beweis der wachsenden Revolutionierung des polnischen Proletariats. Es zeigt sich, daß alle Gewaltmittel der mit der Bourgeoisie verbündeten PPS. den Revolutionierungsprozess nicht aufhalten können.

Der Zar hat die russische Revolution nicht erstickt und der Koste nicht die deutsche. Ebenjowenig wird der edle Sozialist und Kriegsheld Biljucki in Polen eine kapitalistische Kirchhofruhe herstellen können.

Industriekrise, Lohnabbau und Zuchthausgesetz in Polen.

In Polen greift die Industriekrise auf alle Zweige über. In Lodz arbeitet der größte Teil der Fabriken nur drei Tage in der Woche. Dasselbe ist zu verzeichnen in Warschau, Czestochau und im Dombrowaer Gebiet. Ein großer Teil der Arbeiter ist arbeitslos. Die Regierung, die noch immer in der reaktionärsten Weise hegt gegen Sowjetrußland, erwägt die Gewährung von Handelsleichterungen mit Sowjetrußland, weil sie auf Grund der „gebehrten Valutaverhältnisse“, die sich nach der Gebietsgewinnung in Oberschlesien bemerkbar machten, ihre „Konjunkturperiode“ nicht fortführen kann. Die Regierung macht weiter verzweifelte Anstrengungen, um neue Kreditquellen zu erschließen.

Das Steigen der Valuta in Polen hat genau wie bei den Krisen in Deutschland zur Folge, daß hunderttausende Proleten verkrüppelt arbeiten, vollkommen arbeitslos sind. Mit der Welle der Arbeitslosigkeit konform geht das Bestreben der Kapitalisten die Löhne abzubauen. Die Lohnsätze in der Baumwollindustrie sollen vom 1. bis 15. Dezember um zehn Prozent, nach dem 15. Dezember um weitere 20 Prozent herabgesetzt werden.

Die polnische Regierung glaubt diese Kampagne des Lohnabbaus um so leichter durchzuführen, als jetzt das Gesetz gegen die Kommunisten, das jede revolutionäre Tätigkeit mit Zuchthaus oder mit dem Tode bedroht, unter Dach und Fach gekommen ist.

Die Regierung der Grafen und PPS.-Leute, die in größter finanzieller Not ist, gibt aber Milliarden zur Bewaffnung ihres Heeres aus. So wurde am 28. November in Danzig ein französischer Dampfer mit Munition für Polen ausgeladen.

Wenn die polnischen Kapitalisten glauben, durch den Lohnabbau ihr Leben etwas länger fristen zu können, wenn sie meinen, durch Zuchthausgesetze die dagegen ankämpfenden Kommunisten auszuwachen, werden sie erkennen, daß der Wille des Proletariats stärker ist als alle Unterdrückungsmaßnahmen der weißen Banden.

Drohende Wirtschaftskämpfe in Polen.

Der polnische Gewerkschaftsverband der Bezirke Bromberg, Thorn und Gnesen hat eine allgemeine Lohnerrhöhung von 50 Prozent für alle Arbeiterkategorien verlangt. Die Arbeitgeberorganisation lehnte jegliche Lohnerrhöhung ab. Die Einigungscommission, der die Angelegenheit zur Prüfung unterbreitet wurde, bewilligte eine Lohnerrhöhung von 25 Prozent. Die Fabrikanten lehnten auch diesen Vorschlag ab. Der polnische Gewerkschaftsverband drohte mit einem allgemeinen Streik, was die Unternehmer mit der Drohung einer Gesamtaussperrung beantworteten.

Aussperrung in Pommern.

Laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes in Pommern wurde sämtlichen Belegschaften der industriellen Betriebe zum 1. Dezember gekündigt. Der Zweck dieser Maßnahme ist nicht die Stilllegung der Betriebe, sondern der Versuch des Arbeitgeberverbandes, mit der Arbeiterorganisation ein neues Abkommen zu treffen, das eine längere Arbeitszeit vorsieht.

durch erhöhten Einfuhrzoll, genaue Kontrolle der direkten und indirekten Steuern. Man hofft dadurch den Markkurs zu bessern.

Abgesehen davon, daß das geldhungrige Frankreich mit allen Mitteln das Moratorium zu Fall zu bringen versucht, steht zweifelsfrei fest, daß dieses Moratorium Deutschlands Wirtschaft nicht vor dem Niedergang retten wird. Durch die Aufschiebung der Barleistungen wird höchstens dieser Niedergang etwas hintangehalten. Insbesondere wird durch ein „Gesundens der Markt“ die Verdrängung der kapitalistischen Konjunktur zusammenbrechen. Die Kapitalisten werden nicht mehr mühelose Auslandsgewinne einstecken können. Die Arbeitslosigkeit wird steigen ins Ungemeine. Die Lasten, die das Volk schon jetzt fast erdrücken, werden größer durch die höheren Verkehrstarife, durch „schärfere Kontrolle“ der Einkommensteuer, durch neue indirekte Steuer usw. Durch das Vorliegen der Wirtschaft, durch die Unmöglichkeit, das Volk zu ernähren, wird der in Aussicht genommene Konjunkturprozess illusorisch.

Dieses Moratorium, daß entsteht aus dem Bestreben englischer und deutscher Kapitalisten, ihre Wirtschaft vor dem Ansturm der hungernden Massen zu sichern, wird erneut zeigen, die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Sage mir, wer Dich lobt, und ich sage Dir, wer Du bist.

Severing, der preussische Innenminister, hat eine Rede gehalten, über deren Inhalt und Form die gesamte bürgerliche Presse und die Parteigrößen von den Deutschnationalen bis zum Zentrum des Lobes voll sind.

Die „Breslauer Zeitung“ begrüßt die vornehme Art wie Severing über seinen Ministerkollegen Dr. Welik und den Blutsauger Stinnes sich äußert. „Stinnes sei einer unserer hervorragendsten Wirtschaftler. Er sei persönlich sehr bedürfnislos. Sein wirtschaftspolitisches Programm könne man zum guten Teil unterschreiben.“

Für Severing trifft zu, was der „Deuvre“ über die Deutschen schreibt, die Stinnes auf Grund seiner Fähigkeit, skrupellos sein Kapital zu vermehren, bewundern, die aber nicht die Schattenseite sehen. Die vergessen haben den zynischen Kriegsgewinnler, den Mann, der mit allen möglichen Mitteln mit Betrug und Schmutz, Erfolg hatte. Der die Verteidigung Deutschlands übernimmt, wenn ihm dieser Staat zu Füßen liegt. Dieser Staat ist aber nicht der Staat Kanzler Wirths, sondern ein Stresemann-Staat, in dem die Sozialdemokraten an die Wand gedrückt sind.

Es ist selbstverständlich, daß nach dieser Empfehlung an Stinnes eine geharnischte Rede gegen die Kommunisten losgelassen wurde, die die Freiheit hatten, ihm seinen Artikel im „Eckardt“, in dem er seine und Hörsings Schuld am Märzaufruf bestätigt, vorzuhalten.

Wir aber freuen uns über das Lob, welches das Bürgertum dem Severing zollt. Wird doch dadurch den ehrlichen Arbeitern in der SPD. der Schleier von den Augen gerissen. Die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter haben noch nicht wie Severing vergessen, daß die bürgerliche Gesellschaft der Todfeind der Arbeiterklasse ist.

Stinnes als englischer Heimkehrer.

Herr Stinnes ist aus England noch geschwollener zurückgekehrt als er hinfuhr. Seine Verhandlungen mit den englischen Finanz- und Industriekreisen betrachtet er als seine eigene Angelegenheit in so hohem Maße, daß er die deutsche Regierung und die Abgeordneten für nebensächlich hält und ihnen jede Auskunft über seine Abmachungen vorläufig verweigert. Herr Stinnes unterwirft sich und das Deutsche Reich, das er wirtschaftlich repräsentiert, wohl den Engländern (obwohl ihn Lloyd George trotz alledem nicht eines persönlichen Empfanges würdigte), aber die deutsche Regierung behandelt er als seine Angestellten, und die deutschen Arbeiter als seine Sklaven. Jedes Land hat den Stinnes, den es verdient.

Schlesien.

Die von Severing getötete Orgeß lebt noch.

Der in den Heimatverband Schlesien umgetaufte Heimatlichungsverband verfassungstreuer Schlesier (lies Orgeß) wächst, blüht und gedeiht trotz Severing lustig weiter. Das zeigt folgendes Inserat:

„Heimatverband verfassungstreuer Schlesier (früher Heimatlichungsverband verfassungstreuer Schlesier).

Dienstag, den 29. d. Mts. abends 1/8 Uhr findet im Deutschen Hause in Ottmachau eine Mitgliederversammlung statt.

Herr Major Boese, Grottkau wird einen Vortrag halten. Der Abschnittsführer.“

Kein Minister, keine Verordnung wird den Orgeßbanditen das Handwerk endgültig legen. Nur die geschlossene, einheitliche Front des Proletariats kann da Wandel schaffen.

Waldenburger Revier — Neu-Salzbrunn.

Antibolschewistische Lehrer.

Die Erziehung der Kinder des Proletariats im Sinne des Sozialismus ist von größter Notwendigkeit. Das die große Masse der Lehrer nach der Novemberrevolte noch immer nichts gelernt hat, zeigt folgender Vorgang: In der 2. Klasse der Schule zu Neu-Salzbrunn hielt es der Lehrer Schmidt für angebracht, in der Geographiekunde, gegenüber von 12 jährigen Jungen arbeitserfindliche Herren zu halten. Bei der Besprechung von Rußland erklärte Schmidt, daß die Kommunisten an der Zerstörung des russischen Handels schuld seien, die Hungersnot verursacht, und die grausamsten Zerstörungen begangen hätten. Die Kommunisten wollten auch in Deutschland diese Zustände herbeiführen durch Gewaltanwendungen. Diese verheerenden Redensarten, die den Herrn Schmidt gewiß bei dem neuen Stinneskultusminister Böllig in Ansehen bringen, mußten die Jungen nach Diktat aufschreiben. So kamen die Eltern hinter die Tätigkeit dieses sauberen Kindererziehers.

Es ist an der Zeit, daß die Eltern sich die „Erzieher“ ihrer Kinder etwas näher ansehen. Durch die Bildung von Elternbeiräten müssen sie sich den nötigen Einfluß auf Erziehung ihrer Kinder sichern.

Die SPD. beaufichtigt kommunistische Versammlungen.

In Groß-Bresla fand am Sonntag, den 27. 11. eine von der SPD. einberufene öffentliche Versammlung statt. Genosse Ulrich sprach über die neuen Steuern und die wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung. Sein allseitig verständliches Referat fand ungetrübten Beifall. Der Vorsitzende, Herr ...

Politische Uebersicht.

Das Moratorium.

Erhöhung der Eisenbahntarife. — Neue direkte und indirekte Steuern. — Kontrolle der Entente.

Die Engländer sind bessere Geschäftsleute als die Franzosen, die mit Sabotage gieren glauben alles aus Deutschland herauszupressen. England weiß ganz gut, daß, je mehr die Wirtschaft Deutschlands und seine Finanzen ruiniert werden durch unbillige Forderungen, desto schneller die Zeit kommt, wo aus Deutschland überhaupt nichts mehr herauszuholen ist.

Aus diesem Grunde schlägt England ein Moratorium vor, monach die Zahlungen in bar für zwei bis drei Jahre ausgesetzt werden sollen. Die Zahlungen an Sachwerten sollen weitergeführt werden. Unter Garantie der Entente soll der Umlauf des Papiergeldes vermindert und das Reichsbudget „ins Gleichgewicht“ gebracht werden. Das letztere soll geschehen durch Erhöhung der Einkommensteuer.

die Ausführungen und erklärte, daß unbedingt gehandelt werden müsse.

Ob dieser Versammlung war ganz Groß-Bresla und die umliegenden Ortschaften in Aufregung. So hatte der Hauptmann Johndorf für sein Schloss eine Leibwache von 26 Mann bestellt (musk der ein schlechtes Gewissen und eine große Vorratskammer haben), die jedoch nicht inkommodiert wurde. Den Vogel schloß jedoch der Amtsvorsteher, eine SPD-Leuchte, ab. Als „Amtsperson“ überwachete er die Versammlung. Auf Grund des Erlasses des Reichspräsidenten zur Sicherung der Republik, der bekanntlich gegen die Drangsal-Mordbanditen gerichtet sein sollte, sei er berechtigt die Versammlung aufzulösen. Der Referent wußte ihn jedoch eines Besseren zu belehren. So sieht in der Praxis der Einfluß der SPD. in der Verwaltung aus.

Die Bourgeoisie schlummt und das Proletariat verelendet.

Während die Bourgeoisie nicht weiß, wie sie das aus dem Schweiß und Blut gepresste Vermögen durch Schlemmen, Praeser und a'lerhand lu urloset Bergnütigen vertun soll, während Weindiebstahl und Vars aus der Erde schießen und Prachtwohnungen für Spielclubs und Schieber jederzeit zu haben sind, gehen auf der anderen Seite so unendlich viel Proletarier zugrunde, da sie weder genug zu essen haben, noch für menschliche Zwecke geeignete Wohnräume haben. Man muß nur mal in die Kellerlöcher, Bodenräume und Hinterhäuser kommen, um sich einen Begriff von Proletariatswohnungen zu machen. Ein solch erschütterndes Bild bietet sich in Breslau in dem Hause Uferstraße 43. Dort haust eine ältere Frau mit ihrem tuberkulösen Mann in einem finsternen, kalten, nassen Loch, in der üblichen Sprache Wohnung genannt. Der einzige Ofen, auf dem das bische karglich Mittagssuppe gekocht wird, rauchte so stark, daß sich die Frau bereits in ärztliche Behandlung begeben mußte. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, mußte der Ofen repariert werden. Die Wirtin weigerte sich, bedachte die Frau noch mit den ärgsten Grobheiten. Trotzdem Mietscinigungs- und Wohnungsamt der Frau recht gaben, erstarrte die Wirtin nicht die ausgelegten Kosten, insofgedessen behielt sich die Mieterin das Geld von der Miete zurück. Der von der Wirtin zitierte Polizeikommissar fand wohl die Wohnung als nicht geeignet zur Beherbergung von Menschen, hatte aber an der Handlungsweise der Wirtin nichts auszusetzen. Dieser weibliche Hauspapa feste jedoch ihrem traurigen Benehmen gegen die bemitleidenswerte Familie die Krone an, indem sie beim Armenpfleger 40 M. beschlagnahmen ließ. Die Einkünfte der Familie besteht aus der Armenunterstützung und 86 M. Invalidenrente des Mannes und da entblöder sich der Armenpfleger nicht, die an sich ungezügliche Handlung zu begehen, und 40 M. zurückzubehalten. In dieser Armenpfleger dazu da, der raffinierten Wirtin Dienste zu leisten, oder sich um die Unterstützung bedürftiger Armen zu kümmern? Diese Schweinereien werden solange sein, solange die Arbeiterschaft die Macht, die sie beugt, nicht gebraucht.

Lozales.

Der Bauer und der liebe Gott.

Und Gott, da ihm das Sammeln der Menschen über die fertig steigende Feuerung zu Herzen ging, ließ den Bauern vor seinen Thron kommen.

„Weshalb hast du die Kartoffelpreise wieder heraufgeleitet?“

„Ja, schau, lieber Gott, es war halt so ein nasser Sommer.“

Und Gott ließ im nächsten Jahre die Sonne scheinen.

Und die Kartoffelpreise stiegen abermals.

Und Gott befahl den Bauern abermals wiederum vor seinen Thron.

„Weshalb sehest du schon wieder die Kartoffelpreise herauf?“

„Ja, schau, lieber Gott, es war halt gar ein so trockener Sommer.“

Da ward Gott zornig und sprach: „Wenn ich es dir gar nicht recht machen kann, so setze du dich auf meinen Thron und mache selbst das Wetter!“

Und der Bauer kletterte auf den Thron, machte es sich bequem und sprach: „Kraft meiner Allmacht setze ich hiermit für das nächste Jahr den Kartoffelpreis herauf!“

Das Breslauer Erwerbslosenfürsorgeamt

gibt über den Monat Oktober 1921 folgenden informativischen Bericht:

Gegen den Vormonat konnte auch im Monat Oktober 1921 bei den Männern sowie bei den Frauen wieder ein kleiner Rückgang in der Zahl der Anträge als auch an Unterstützungsanträgen festgestellt werden.

Es meldeten sich im ganzen 2995 Männer und 664 Frauen. Anträge wurden angenommen: a) von Männern: 1933 — darunter 52 Jugendlichen, von denen 1541 erneute Anträge waren; b) von Frauen: 861 — darunter 36 Jugendlichen; von denen 480 erneute Anträge waren.

Im ganzen wurden demnach 2623 Anträge angenommen und seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge 133 432. Durch Ablehnungen, Entziehungen und Annahme von Arbeit scheideten aus der Erwerbslosenfürsorge aus: 2367 Männer, darunter 52 Jugendliche, 689 Frauen, darunter 21 Jugendliche, auf 3056 Personen. Es blieb am 31. Oktober 1921 ein Bestand an Unterstützten 2306 Männer, 996 Frauen, zusammen 3302.

Die Zahlen der sich im ganzen im Arbeitsnachweis Meldenden, also auch der Nichtunterstützten, betrug im Laufe Oktober 1921 13 064 Männer und 5788 Frauen.

An Unterstützungen wurden im Oktober 1921 für 80 788 Unterstützungsstage 1 071 226,00 Mark gezahlt. Ueberhaupt sind bisher gezahlt worden 34 656 537,19 Mark. Dazu kommen an Krankenversicherungsbeiträgen über 1 789 000 Mark. Außerdem wurden als Zusatzunterstützungen für Kurzarbeiter im Monat Oktober 1921 an 227 Personen 9184,62 Mark ausgezahlt.

Aus der Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge sind im Monat Oktober 1921 an 204 Personen 2162 Kleidungsstücke verabfolgt worden, bisher überhaupt an 4511 Personen.

Am 31. Oktober 1921 befanden sich unter den Unterstützungsanwärtern 64 Minderjährige sowie 12 Kriegsverletzte. Unter den Kriegsverletzten befanden sich 54 Schwerbeschädigte.

Reiseausweise für freie Fahrt nach dem Arbeits- oder Heimatsort sind im Oktober 99, bisher 331, ausgehändigt worden.

Die Kontrollmaßnahmen und Ermittlungen bei den Erwerbslosen an Ort und Stelle wurden insofern Sie erfolglos im Oktober 1921 in 4531 Fällen, wovon auf die Ermittlungen 1613 und auf die Kontrollen 2918 entfielen.

Seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge wurden wegen Untertunfähigkeit und Art. 26 des Strafgesetzbuches erlassen: es wurden 108 Männer, 25 Frauen, zusammen 133 Personen verurteilt. Die erlassene Höchststrafe betrug 6 Monate Gefängnis.

Verband Breslauer Mieter.

Der Verband Breslauer Mieter wird uns mitgeteilt, daß dieser vom 1. Januar 1922 ab den Namen führt: „Der Mieterverband der Stadt Breslau“. Der Verband hat seinen Sitz in der Uferstraße 43. Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Vorsitzender: Herr Friedrich Luz, Walsbergstr. 134.

Phosphorlawerge zur Mattabkämpfung

ist, wie bekannt, am 30. d. M. ausgelegt worden. Wegen der Gefährlichkeit des Giftes, das auf Grund der Verfürgung des Breslauer Polizeipräsidenten auch in den städt.

Anlagen und Promenaden angewandt worden ist, werden die Besitzer von Hundten nochmals mit allem Nachdruck davor gewarnt, sie an diesen Tagen frei umherlaufen zu lassen. Besteht an sich schon die Vorschrift, daß Hunde in den Anlagen an der Leine zu führen sind und ist die Nichtbeachtung jener Vorschrift strafbar, so könnte sie jetzt nur zu leicht zu einem Verlust des Tieres führen. Von der Gefährlichkeit des Giftes gilt daselbe natürlich auch für Katzen, Geflügel usw., ganz besonders aber für Kinder, die während dieser Zeit gar nicht sorgsam genug beaufsichtigt werden können. Das Betreten der Rasenflächen ist ohnehin verboten. Ein jeder achte auf seine Kleinen, daß sie es unbedingt unterlassen. Der Magistrat warnt eindringlich vor der Giftigkeit der Latwerge; erleidet jemand durch Unvorsichtigkeit oder Leichtsinns dennoch Schaden, so müßte die Stadtverwaltung die Verantwortung dafür ablehnen.

Quittung.

Quittung. Ueberschuß des Bildbühnenvortrages in Freiburg am 22. Dezember 616,60 M. Die Bezirksleitung.

Versammlungs-Kalender.

SPD. Breslau. Montag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Referentenkursus. Erscheinen aller befähigten ist Pflicht.

SPD. Wismar. Sonntag, 4. Dezember im Gasthof „Zur Friedenshoffnung“, Dierbach, Informationsvortrag „Gewerkschaftsfunktionäre u. Zehnergruppenführer müssen unbedingt erscheinen.“ Sonntag, den 11. Dezember nachm. 2 Uhr im „Kreuz“ wichtige Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß sich dafür freihalten: äußerst wichtige Tagesordnung. Ortsleitung.

SPD. Pirantik. Die Diskussionsabende finden jeden Donnerstag pünktlich abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des „Reichspräsidenten“ statt. Gäste immer willkommen. Jeden ersten Donnerstag im Monat Mitgliederversammlung, in der alle Mitglieder anwesend sein müssen. Die Ortsleitung.

SPD. Grottkera. Sonntag, 4. Dez. abends 7 Uhr Funktionärkonferenz im Schützenhaus. Wichtige Tagesordnung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen. Die Ortsleitung.

SPD. Peterswaldau. Am Sonntag, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus „Mietze“ in Mittel-Peterswaldau eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Ebenfalls sind mit uns Sympathisierende zu dieser Versammlung eingeladen. Referent zur Stelle. Die Ortsleitung.

SPD. Niederhennersdorf. Sonntag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Hopsenblüte“. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.

Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50, Unterbezirkskonferenz.

Tagesordnung:

1. Politische und organisatorische Grundlage.
2. Presse und Agitation.
3. Wahl der Bezirksausführungsmitglieder.
4. Frauen- und Jugendbewegung.
5. Verschiedenes.

Auf jede Ortsgruppe entfällt ein Delegierter, für jedes weitere angegangene Hundert Mitglieder je ein Delegierter mehr. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Die Unterbezirksleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Erich Gentsch; Inserate: Max Böhcher. — Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Püffel u. Danigel. — Sämtlich in Breslau.

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr
Das glänzende
Variete-Programm
Sonntag
beson. 11 Uhr
Große Matinee
Schauspielhaus
Opernbühne Tel. R. 255
Heute a. d. 7 1/2 Uhr:
Der liebe Onkel
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Kaffeebohne
Montag u. Donnerstag
7 1/2 Uhr:
Das Goldschmiedchen
Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Dezember-
Programm
Lade für alle
Altmetalle
höchsten Preis
Otto, Leibnizstr. 1
Parteigenossen
decken Ihren gesamten Bedarf an kommunistischer Literatur, Jugendzeitungen, Unterhaltungsblätter in der
Kommunistischen Bucherei
Breslau, Gräbchenstraße 4.

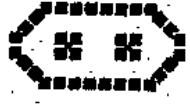
Odeon-
Lichtspiele.
Weinstraße 33/35
Nur noch Heute!
Die 3 großen Schätze
in 2
Ges. Benkers Tochter
Irama
Die Cowboy's
Wild-West
Sonntag u. Montag!
Die gewaltige Tragödie
Um des Sohn
mit Carola Taetle.
Ergebnis höchst sensationell.
Sonnabend u. Sonntag
Sonntag 10 1/2 Uhr:
Große Jugendrevue

Die Restbestände
aus dem
Total-Ansverkauf der Tuchhandlung
Jullus Davidsohn & Co.
haben sich abzumachen und werden folgende zu
wirklich billigen Preisen verkauft.
Sex eingetroffen sind:
Herrenanzugstoffe, Paletots,
Hosenstoffe, Kostümstoffe.
Kenecke Anker! Billigste Preise!
Hugo Oebmann
Breslau, Kreuzstraße 51, Neuplatz, 1. Etage.
Geöffnet von 8-4 Uhr.
Genossen und Genossen!
Werd unermüdet inserieren für die
Schlesische Arbeiterzeitung.

Brandt's
grosser
Weihnachts-
Verkauf
Fritz Brandt
Eisenhandlung
Breslau I
Nikolaistr. 63a
Ecke Neuweltgasse
Wichtig für Käufer!
Wir sind in der Lage, Ihnen heute noch ein günstiges Angebot in
Stoffen,
Ulster, Raglan, Joppen Anzügen
zu verhältnismäßig billigen Preisen zu machen.
Herrenbekleidungshaus
Nikolaistraße 45, am Neuplatz
Inhaber: Hermann Partetzke.
Mehrere möblierte Zimmer
werden bei Parteigenossen sofort zu mieten gesucht. Angebote mit Preis sind an die Geschäftsstelle der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ zu richten.

Grosse
Weihnachts-Ziehung
Das beste Geschenk
Geld-Lotterie
1/2 Million
zu Gunsten
des Ostpr. Heimatsmuseum
Ziehung am 15 und 16. Dezember
Hauptgewinn 75.000
= 50.000
= 30.000
= 10.000
u. s. w.
Lose zu Mark 4
10 gut sortierte Mark 35
versandt
Lotterie-Börse
Bernhard Eberlein
Hamburg 4, Hafenstr. 122 II.
Bekanntmachung.
Rene Höchstpreise für Brot und Semmel.
Auf Grund des § 31 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 und der Ausführungsverordnung hierzu vom 26. Juni 1921 in Verbindung mit dem Reichsgesetz betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der hierzu ergangenen Abänderungs- und Ausfüllungsbestimmungen werden mit:
Der Höchstpreis für den Verkauf des Getreides, das aus dem von der Stadt Breslau getriebenen Mehl hergestellt wird, nach ausbreitet festgesetzt:
a) für 1 Spd. Roggenmehl auf M. 1,95
b) für 1 Gemahl mit demselben Roggenmehl von 100 g auf M. 0,50
Die neuen Preise treten am 5. Dezember 1921 in Kraft.
Der Magistrat.

Nr. 4



Der Jung-Prolet



Nr. 4

Heraus mit unseren gefangenen Jugendgenossen.

Durch ganz Deutschland hallt aus Millionen Arbeiterherzen der Ruf: Heraus mit unseren politischen Gefangenen. Auch wir, die proletarische Jugend, müssen diesen Ruf erschallen lassen, denn auch die Jugend mußte große Opfer bringen.

Neben den vielen, die alles, die ihr junges Leben für die große Sache hingegeben haben, schwachen noch heute Hunderte junger Proletarier in den Kerker der „demokratischen Republik“. Sind doch allein im Kreise Mansfeld 9 Jugendgenossen zu 36 Jahren Zuchthaus, 24 Jugendgenossen zu 28 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Aber auch aus unserem schlesischen Bezirk schwachen noch eine Anzahl Jugendgenossen hinter Mauern. So der Jugendgenosse Bergmann Strjstal aus Waldenburg, der zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er am 1. Mai auf der Grube die rote Fahne hißte.

So geht es in Deutschland dem arbeitenden Volke, während die Mörder am Proletariat in hohen Ehren frei umherlaufen.

Jugendgenossen! Unseren unglücklichen Brüdern kann nur geholfen werden durch das Proletariat. Darum muß immer wieder in die Paläste der Reichen, in die Gerichtssäle, in die Zuchthäuser und Gefängnisse unser Ruf dringen: **Nieder mit der Orgejustiz!**

Heraus mit den politischen Gefangenen!
Heraus mit unseren gefangenen Jugendgenossen!

Am Pranger.

Kampf der Unternehmer gegen junge Kommunisten.

In unserer letzten Jugendbeilage brachten wir einen Artikel unter der Ueberschrift „Ein Stück Mittelalter“, in welchem wir die skandalösen Zustände im Lehrlingswesen der Maschinenfabrik W. Langner, Gräbischenerstraße 207, brandmärkten. Daraufhin geriet Herr Langner in große Wut und warf unseren dort beschäftigten Jugendgenossen N. auf die Straße. Er macht die Wiedereinstellung von dem Austritt aus der R. F. abhängig. Wir teilen dem Herrn mit: Unser Jugendgenosse wird nicht aus der R. F. austreten, sondern wird beweisen, daß ihm der Kommunismus, der Kampf lieber ist, als sich der Unternehmerrückstuf zu beugen. Der Herr hat durch diese Tat bewiesen, wie sehr er die R. F. fürchtet und daß wir also auf dem rechten Wege sind. Wir rufen daher alle jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in dem Betriebe und in der Gewerkschaft auf, hier Solidarität zu üben, um unserem Kollegen zu seinem Recht zu verhelfen.

Gleichzeitig können wir aus diesem Musterbetrieb noch etwas mitteilen. Dort wird jeder Lehrling, wenn er seine Lehrzeit beendet hat, sofort auf die Straße geschickt, trotzdem ein Gesetz besteht, wonach Lehrlinge, die ausgebildet haben, nur entlassen werden dürfen, wenn der Betrieb seine Arbeitszeit auf wöchentlich 24 Stunden herabgesetzt hat. Wo bleibt da die Durchführung des Gesetzes? Was sagen die Gewerkschaften und das Gewerbegebiet dazu? Hier beweist es sich, daß dem Proletariat keine Gesetze helfen, sondern daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Jugend und Alter.

Von Edwin Goernte.

Es ist die Pflicht des Alters, der Jugend zu geben; mit offenen Händen und freudigem Herzen, nicht mit pharisaischem Eigendünkel und philisterhaftem Anspruch auf Dank und Unterwerfung, sondern in dem Bewußtsein, daß auch die Jugend zu geben hat, und besonders in revolutionären Zeiten den Alten an Kühnheit, Opfermut, Idealismus, um vieles voraus ist. Was ist eine Partei ohne den herrlichen Schwung, die hinreißende Kühnheit der Jugend? Junge Männer und Jünglinge, Mädchen und junge Frauen haben zu allen Zeiten den Gewaltthausen der Revolutionen gebildet, haben mit ihrem Herzblut die Zukunft erobert, mit ihren Leibern die Schwelle der Freiheit geschützt. An das Wort „Jugend“ knüpft sich alles Großes und Bahnbrechende der Menschheit. Es war der Stolz aller großen Geister, und die gesunde Quelle ihrer Kraft, daß sie jung blieben bis ins Alter, nie den Kontakt mit der Jugend verloren, stets elastisch, bildungsfähig, begeistert und begeisternd blieben. Eine Klasse, die aufsteht, die sich befreit, die der Welt den Sozialismus schenken will, muß jung sein, jung bleiben, ihre Jugend als höchstes Kleinod betrachten.

Die Gewerkschaftsleitung gegen das Jugendschutzprogramm der Jugendorganisationen.

Das, was auf der Kasseler Jugendkonferenz des A. S. G. beschlossen wurde, beginnt Praxis zu werden. Der Transportarbeiterverband in Breslau hatte sich eine Jugendsektion angeschafft, um die jungen Kollegen und Kolleginnen zum Wirtschaftskampfe zu erziehen. Wie diese Schutlung aussieht, zeigt die am 14. 11. stattgefundene Jugend-Solidaritätsversammlung. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt auf dem

Der höchste Dienst.

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst, er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst, er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod. Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.
Umland.

unserer Genossen „Bericht von der Kasseler Jugendkonferenz.“ Jedoch systematisch wurde dieser Punkt ausgeschaltet, weil man seinen Bericht an der proletarischen Jugend nicht berichten wollte. Es wurde gleich zum 2. Punkt „Vorlesungen“ geschritten. Nun begann der Gewerkschaftsbeamte Vogel eine Geschichte vorzulesen, welche den, von ihnen unterstützten Krieg noch einmal vor Augen führte. Bei dieser Vorlesung schloß natürlich die Hälfte der Kollegen ein und einer unserer Genossen mußte Herrn Vogel darauf aufmerksam machen und ihm erklären, daß wir alle im Kriege großgemachten sind und wissen, welches Unheil er angerichtet hat. In einer nun folgenden von unseren Genossen angeregten Debatte, was denn eigentlich die Gewerkschaften gegen die immer mehr wachsende Verelendung des Jungproletariats zu tun gedenken, erklärte der Gewerkschaftssekretär Vogel u. a., daß die 6stündige Arbeitszeit für Jugendliche, wie sie von allen proletarischen Jugendorganisationen (auch von der „Arbeiter-Jugend“) gefordert wird, doch zu wenig sei und daß man mindestens bei 8 Stunden festhalten müsse.

Jugendgenossen aller Richtungen!

Das ist glatter Verrat der Gewerkschaftsführer an unseren Jugendschutzprogramm. Darum hinein in die Jugendsektionen und dafür sorgen, daß dort endlich einmal unsere Interessen vertreten werden.

Gebot.

Du bist ein Mensch!
Du sollst dich nicht schinden lassen,
Du sollst dich nicht treten lassen,
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen,
Du sollst dich nicht ausaugen lassen,
Du sollst den Sklavensinn von dir tun,
Du sollst die Knechtseligkeit von dir tun,
Du sollst dich nicht bücken vor einem lebendigen Menschen,
Denn er ist nicht mehr als du!

Aus den Gruppen

Bravo!

Breslau.

Wie wir an anderer Stelle mitteilen, ist Jugendgenosse N o n d e n wegen seiner Zugehörigkeit zur R. F. entlassen worden. Die R. F. und Kindergruppe Breslau haben sofort eine Hilfskommission, die einen erquicklichen Erfolg hatte, für den gemäßregelten Genossen veranstaltet.

Genossen! Dieses Beispiel welches hier besonders die Kinder gegeben haben, möge allen ein Vorbild sein zu echter proletarischer Solidarität.

Zusammenkünfte

Jeden Dienstag 7 1/2 Uhr Schule Minoritenhof 1-3 Vorträge, Diskussionen.

Jeden Donnerstag 7 Uhr, Schule Andreeßenstr. 58/62 Turnhalle: Turner, Volkstänze usw.

Jeden Sonntag Wanderung oder Vesperabend.

Kindergruppe

Jeden Mittwoch und Freitag nachmittags 4 Uhr, Schule Minoritenhof.

Ein Arbeiterkind sendet sein eigenes Weihnachts-Geschenk den russischen Jugendgenossen.

Bei der Russenhilfsstelle in Chemnitz ging ein Paket mit folgendem Inhalt ein: 1 Sweater, gute Wolle, 2 Paar Strümpfe, gute Wolle, und Stopfwohle, 1 Schachtel Buntstifte, 1 Spiel, ein Malpfeifen, 1 Bleistift, 3 Zeichnungen, die Rußland gewidmet sind, 2 Kaffeetöpfe. Der Jugendgenosse sendet sein Bild und einen Brief an die russischen Jugendgenossen mit, den wir nachstehend wörtlich zum Abdruck bringen:

Werte Jugendgenossen!

Hier schicke ich Euch auch eine kleine Gabe. Ich lese immer in der Zeitung, wie groß das Elend bei Euch ist. Es ist bei uns auch sehr schlimm, aber bei Euch ist nun doch die Dürre eingetreten. Es ist auch kein Wunder; 7 Jahre habt Ihr keine Ruhe vor Euren Feinden im Lande und außen. Ich habe früher immer gehört, die Russen kämpfen nicht. Das ist aber nicht wahr. Die Russen haben mehr Ausdauer wie die Deutschen. Bei uns gibt es noch viel Schlafmützen. Sie wissen gar nicht, was Kommunismus ist. Das alte Sprichwort ist wahr, es ist der deutsche Michel. Es wäre mal die höchste Zeit mit der großen Spießbüchse aufzutreten, wie Ihr es gemacht habt. So her!

Schule müssen wir wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ singen, und das begreifen unsere Arbeiter noch nicht. Ich bin „Kämpfer“-Aussträger und weiß, wie Rüste tut. Drum schicke ich meinen Weihnachtschwiger und Strümpfe und auch mein Spiel, denn ich lese immer von Kinderheimen. Da könnt ihr Euch auch die Zeit vertreiben. Wenn ich viel Geld hätte, ich würde Euch eine ganze Kiste schicken. Auch ein Bild von mir, daß Ihr wißt, wer es schickt. Die anderen Bilder habe ich gemalt. Möge es Euch halb wieder besser gehen.

Mit kommunistischem Gruß!

Euer Jugendgenosse

Hans Rastler, Chemnitz, Dorfstr. 33.

Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze.

Herausgeber: Julian Gumpers.

374 Seiten, Großformat. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung für Deutschland: Carl Doym Nachf. Louis Sahnbley, Hamburg 11. Preis: tact. M. 20.—, geb. M. 30.— (für Organisationen M. 15.—)

Das öffentliche Wirken eines Menschen, der durch seine Schriften Einfluß gewinnt auf die Gestaltung einer Partei, eines Landes oder irgend einer Gruppe von Menschen, in seinen Dokumenten aufzufangen und zur Anschauung zu bringen, ist eine Aufgabe, die an sich keine unerwarteten Schwierigkeiten enthält, da gerade diese Schriften, den Maßstab und die Norm für jenes öffentliche Wirken abgeben. Den Einfluß eines Menschen aber, der mehr durch die Kraft seiner Persönlichkeit als durch schriftliche Äußerungen, mehr durch die Wucht seiner Ueberzeugung als durch die Originalität seines Urteils auf seine Zeit gewirkt hat, in Dokumenten seines eigenen Lebens zu untreuen, ist umso schwieriger, da die Äußerungen ihre Bedeutung gewinnen nicht hauptsächlich aus sich selbst, sondern erst in dem historischen Raum, in dem sie zum Leben kommen.

Karl Liebknecht war einer von denen — und man kann hinzufügen, von den ganz Wenigen — die an der Spitze ihrer Zeit standen, weil sie überzeugter, gläubiger und intensiver von einem überpersönlichen Willen erfüllt waren. Man kennt die Äußerungen der politischen Persönlichkeit Karl Liebknechts nur wenig und ungenau: die Kenntnis ist nur fragmentarisch. Und doch glaubt man an ihn, als sei jeder einzelne Zug seines Wirkens analysiert und bis ins Letzte bekannt. Die meisten wissen von ihm, außer aus der Zeit des Krieges, nur einige äußere Daten und sonst nichts.

Und nun liegen seine Reden, die Reden, die er als Abgeordneter im Landtag und im Reichstag, die er auf Parteitag, in Gerichtsverhandlungen als Verteidiger und als Angeklagter gehalten hat, sowie eine Reihe anderer zum Teil noch gänzlich unbekannter Äußerungen, in einem starken Bande gesammelt und ausgewählt vor uns. Läßt nun dieses Buch tatsächlich aus dem konkreten historischen Raum heraus die Persönlichkeit Liebknechts, wie sie uns lebendig ist, vor Augen treten?

Der Herausgeber, Genosse Gumpers, hat versucht durch die Form und durch die Einteilung, die er dem Buche gab, sozusagen aus verschiedenen Richtungen heraus den Leser einen Blick auf die politische Tätigkeit Liebknechts tun zu lassen. Er hat für die Einteilung des Buches sozusagen die Hauptbegriffe benutzt, die man gewöhnlich assoziiert, wenn man den Namen Karl Liebknechts hört. — Karl Liebknecht, das ist der Kämpfer gegen Militarismus und imperialistischen Krieg, das ist der Vorkämpfer der Jugend, das ist der unererbte Feind des Reformismus und das ist der Held und der Märtyrer der deutschen Revolution. Mit Erläuterungen über die gegenständliche Fricke der Reden und Aufsätze, sogar aus weit zurückliegenden Jahren — das Buch geht zurück bis auf das Jahr 1904 und reicht bis zum letzten Aufsatze, den Liebknecht einige Stunden vor seinem Tode schrieb — durchblättert man die Seiten des Bandes und findet zu allen Fragen interessantes und neues Material oft in überraschender Formulierung. Jedes einzelne Kapitel, das an sich fast chronologisch angeordnet ist, läßt die Entwicklung, die Liebknecht durchgemacht hat vom linken Sozialdemokraten bis zum bewußten Kommunisten, erkennbar werden. Aus allen Äußerungen aber leuchtet das hervor, was wir an Liebknecht so bewundern: die unbegrenzte Wahrheitsliebe, der unerschöpfliche Mut, die stürmische Aktivität und die Geduld, Konsequenz und Energie seines Handelns.

So gewinnt das Buch eine besondere Bedeutung für unsere Bewegung. Abgesehen von der Tatsache, daß Liebknecht der Begründer und erste Führer der jungen kommunistischen Bewegung Deutschlands war, was an sich schon dem Buche einen dokumentarischen Wert verleihen würde, so erhält es durch den Umstand, daß es die Energie und die Kraft, die gläubige Begeisterung und den vorwärtsdrängenden Schwung der deutschen Revolution zum Ausdruck bringt, — eine Qualität, die ihr seit Liebknechts Ermordung allzusehr fehlt — eine geradezu pädagogische Bedeutung. Die deutsche Revolution braucht die Kraft, die aus diesem Buche strömt, wie das Gehirn das Blut braucht, das in ihm pulsiert.

Genossen! Wenn Ihr den „Jung-Proleten“ gelesen habt, weist ihn nicht fort!

Geht ihn weiter!

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Angst vor der kommunistischen Invasion.

Für die Hungernden in Russland sollte von unserer Partei ein Kunstabend veranstaltet werden. Auf eine Notiz in der „Volkswacht“, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei sei, mieteten wir den Saal für den Kunstabend. Doch wir hätten die Rechnung ohne den allgewaltigen Geschäftsführer und Sozialdemokraten R. A. gemacht. Er verweigerte die Vergabe des Saales, nur über seine Leiche kämen die Kommunisten ins Gewerkschaftshaus. Den schlaflosen Nächten des Herrn Rasch wurde Gott sei Dank ein Ziel gesetzt durch den Schwindel von der von den Kommunisten geplanten Gewerkschaftshaus Sprengung. Das war eine willkommene Gelegenheit wieder mal Gift und Galle gegen die Kommunisten zu verspritzen und ihnen den Saal abzutreiben. Zum Beitragenden sind natürlich die kommunistischen Arbeiter zu gebrauchen, dagegen haben die Gewerkschaftshausbesitzer durchaus nichts einzuwenden. Obwohl kürzlich ein Schreiben bei den Gewerkschaften zirkulierte, daß zukünftig im Interesse der Wirtschaftlichkeit die Gewerkschaftsräume auch anderen Korporationen als den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen sei, obwohl das Gewerkschaftshaus nationalen und kirchlichen Vereinen zur Verfügung gestellt wird, verweigert man nach wie vor den eigenen Klassengenossen, den kommunistischen Arbeitern den Saal des Gewerkschaftshauses. Der Herr Rasch mußte sogar erst durch einen janzten Druck des Gewerkschaftsartikels gezwungen werden, die Schlei. Arb.-Ztg. in den Restaurationsräumen des Gewerkschaftshauses auszuliegen.

Wenn die Kommunisten wirklich „eine kleine Schar nicht ernst zu nehmender Menschen“ sind, wie die Rechtssozialisten jagen, warum dann diese Angst vor der kommunistischen Invasion. Oberr fürchtet man, daß durch die Berührung mit den SPD.-Arbeitern, die fortwährenden Lügen über die Kommunisten an Wirkung verlieren?

Unsere Genossen in den Gewerkschaften müssen mit aller Energie daraufhin wirken, daß durch das Gewerkschaftsstartell die Verweigerung der Gewerkschaftsräume durch die verborgenen Bürokraten von der Margaretenstr. illusorisch gemacht wird. Der Herr Rasch muß gezwungen werden, den Kommunisten Gastrecht zu gewähren, ohne daß Herr Rasch als Leiche auf dem Platz bleibt.

Waldburger Revier - Voreingrund.

Bergarbeiter-Versammlung.

Am Sonntag fand in Jacobs Gasthaus die Generalversammlung der hiesigen Zählstelle des Bergarbeiterverbandes statt. Als Hauptpunkt stand die Neuwahl der Ortsverwaltung auf der Tagesordnung. Als erster Vertrauensmann wurde Kamd. Raschle wieder und als zweiter Kamd. Rich. Schulz gewählt. Als Kartellbelegierte wurden die Kamd. Rich. Schulz und Frd. Sindermann gewählt. Die Kasse hatte eine Einnahme von 3095,79 M. und eine Ausgabe von 2531,45 M. Mit dem Guthaben von 1500 M. auf der Sparkasse ist ein Kassenbestand von 2064,34 M. vorhanden.

Es wurde beschlossen 13 Invaliden und Witwen ein Weihnachtsgeld von je 50 M. zu bewilligen. Der Kamd. David, der 13 Wochen krank ist, bekam 100 M. Unterstützung. Die Frau des Kamd. Volkmer bekam 200 M. Als Kamd. Schulz beantragte, den Frauen der verurteilten Nieder-Hermsdorfer Kameraden ebenfalls ein Weihnachtsgeld von je 100 M. zu bewilligen, hielt es Gewerkschaftssekretär Glücker für notwendig, dagegen zu sprechen, da die Kasse schon genug belastet sei. Trotzdem wurde den Frauen dieser Verurteilten einstimmig das Weihnachtsgeld bewilligt.

Zur Beitragserhöhung in den Gewerkschaften.

Der Zentralausschuß der R. P. D. hat einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

Die Diskussion, die durch die allmählich vor sich gehende Erhöhung der gewerkschaftlichen Pflichtbeiträge besonders in der „Roten Fahne“ ausgelöst wurde, gibt dem Zentralausschuß Veranlassung, die Mitglieder der Partei eindringlich zu warnen, die Frage zu einer politischen zu machen. An den Gewerkschaften, wie sie heute sind, ist gewiß sehr viel auszuholen. Dennoch ist die Gesamtarbeit einmütig der Auffassung, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften zu bleiben und dort für deren Revolutionierung zu wirken haben. Der Zentralausschuß hat mit Recht die Parteigenossen aufgefordert, dafür zu wirken, daß der letzte unorganisierte Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt wird. Damit ist auch die Frage der Beitragssteigerung prinzipiell entschieden, denn Mitglied einer Gewerkschaft kann nur sein, wer die festgesetzten Pflichtbeiträge zahlt.

Die Kommunisten dürfen die Unzulänglichkeit der herrschenden Gewerkschaftsstruktur, die jedes gesunde Maß übersteigende Ausdehnung des nicht den direkten Kampfzwecken dienenden Unterhaltungsvereins, die feindselige, ja verächtliche Einstellung der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Kommunisten nicht zum Anlaß nehmen, eine prinzipielle Scheuung in der Gewerkschaftsbewegung vorzunehmen. Das und nichts anderes bedeutet aber letzten Endes, wenn die Beitragsfrage von unseren Genossen politisch gestellt und für die — bedingte oder unbedingte — Aufhebung der Beitragssteigerung Propaganda gemacht wird. Diese Propaganda führt mit zwingender Logik zu einer entgegenstehenden Einstellung, breitet Klaffen werden dann über kurz oder lang überhaupt jede Beitragsleistung verweigern und dem Judasgedenken anhängen. Das ist es, was wir, liegt es so wenig im Interesse der kommunistischen Partei wie der Gewerkschaften.

Wir Kommunisten verlangen eine Verankerung und Erzeugung der wirtschaftlichen Kämpfe. Solange Lohnkämpfe nicht über ihr unmittelbares Ziel hinausreichen, solange sie als Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt werden, sind zur Durchföhrung der Kämpfe entsprechende Mittel notwendig.

Jeden der Zentralausschuß anspricht, daß die Beitragsfrage in den Gewerkschaften nicht politisch behandelt werden darf, sondern er die Parteigenossen auf, in den instinktiven Fällen des für und wider rein sachlich nach den für die betreffende Gewerkschaft maßgebenden Verhältnissen zu prüfen. Wo eine Gewerkschaftsleitung zur Förderung der wirtschaftlichen Kämpfe eine Erhöhung der Beiträge fordert, werden die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder angehalten, der fortschreitenden Verelendung für die Bewältigung der erzielten Beiträge entgegenzutreten.

Die Labotur der Einheitsfront.

Die Unterbezirksleitung Waldenburg der RPD. hatte unterm 26. November an das Gewerkschaftsstartell Waldenburg folgendes Schreiben gerichtet:

„W. G. Die zunehmende Not und Teuerung, die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze macht es zum Gebot der Stunde, daß sich auch im Waldenburger Kreis die Arbeiterorganisationen zusammenlegen, und den Weg für ein einheitliches und geschlossenes Handeln vorbereiten.“

Nachdem ich bereits mit einigen führenden Personen gesprochen, mache ich folgenden Vorschlag: Das Gewerkschaftsstartell ladet die Vorstände der Gewerkschaften, Zentralrat und die Leitung der SPD., USPD., RPD. zu einer gemeinsamen Sitzung ein.

Als Beratungsgegenstand schlage ich vor:

1. Die Forderung des N. D. G. B.
 2. Freilassung aller politischen Gefangenen.
 3. Wie können die Arbeiter des Waldenburger Kreises für diese Forderungen interessiert werden.
- Die Sitzung müßte natürlich schnellstens stattfinden.“

i. A.: Franz Melzer.

Anstatt, daß nun der Kartellvorstand auf dieses artige Schreiben antwortet, kam in der Vergewacht in ausführlicher Weise folgende Notiz:

Parteienossen! Die Kommunisten haben sich an alle Vereinsvorstände sowie auch an einzelne Mitglieder der Ortsvereine mündlich oder schriftlich gewandt zur Herbeiföhrung von Aussprachen über gemeinsames Vorgehen der RPD. und der Sozialdemokratie. Wir warnen unsere Ortsvorstände, auf diese Angebote hinein zu fallen und machen sie auf den Beschluß des Parteitages und unserer Kreiskonferenzen aufmerksam, nach dem ein Zusammengehen mit den Kommunisten grundsätzlich abzulehnen ist. Daß dieser Schachzug der Kommunisten nur elende Heuchelei ist, beweisen die Enthüllungen über die geplanten und ausgeführten Verbrechen in Mitteldeutschland und Breslau zur Genüge. Die Kreisleitung der Sozialdemokratischen Partei.

J. A.: Karl Franz.

Die Bürokraten der SPD. wissen sich aus den Einheitsbestrebungen des Proletariats, die sich ergeben aus der großen Not des Volkes, keinen anderen Ausweg, als daß sie mit den gemeinsten Verleumdungen haufieren gehen. Wir Kommunisten haben keine Ursache zu verweigern, daß durch den Angriff der Hörjüng und Seberingbanden im Mitteldeutschland im revolutionären Schwung Dinge passierten, die jedem braven Spießer eine Gänsehaut verurjachen. Die RPD. hat aber auch aus den Märzvorgängen gelernt und wird bei den kommenden Kämpfen Schulter an Schulter mit dem gesamten Proletariat kämpfen.

Internationale Konferenz der Hungerhilfe für Sowjet-Russland.

Im gegenseitigen Einverständnis des Auslandskomitees und der Auswärtigen Vertretung der Kommission für Hungerhilfe der Altrossischen Sowjet-Exekutive findet die Tagung am 4. Dezember vormittags 1/10 Uhr im alten Rathaus Berlin, Saal 109, Eingang Spandauerstraße, unter der Leitung der Kommission für Hungerhilfe der Altrossischen Sowjet-Exekutive statt.

Zur Beratung stehen:

1. Stand der Hungersnot und Hungerhilfe in Russland und der Hilfe der Komitees aller Länder; Berichterstatter: Sigdor Kopp.
2. Berichte der verschiedenen nationalen Hilfskomitees.
3. Samenhilfe.
4. Kredithilfe.
5. Technische Vereinfachung der Transporte von Lebensmitteln und Spenden.
6. Verschiedenes.

Wir ersuchen nochmals alle Delegierte, dem Büro einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Sammelergebnisse vorzulegen.

Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Russland.

Berlin, den 30. November 1921.

Konterrevolution.

Rom weichen Terror in Amerika.

„Industrial Solidarity“, das in Chicago herauskommende Organ der „Industriearbeiter der Welt“, führt in der letzten Nummer folgende Fälle von Arbeiterverfolgungen in den Vereinigten Staaten an:

In Huntington (in West-Virginia) waren die Arbeiter Hungergriff und Chambers angeklagt, weil sie angeblich im Mai 1920 einen Detektiv erschossen haben sollen. Es

Reichsbetriebsräte-Kongreß des DMR.

Am Montag, den 5. Dezember 1921, tagt in Leipzig der Betriebsräte-Kongreß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Alle Delegierten, die Mitglied der RPD. sind, treffen sich am Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Leipzig.

handelt sich um eine lügenhafte Anschuldigung im Stil des Prozesses Sacco-Banzetti. Die Geschworenen konnten sich nicht einigen, und so mußte der Prozeß vertagt werden.

In San Quentin in Kalifornien sitzt seit Januar 1920 der Arbeiter Golden in Haft, weil er einer verbotenen gewerkschaftlichen Organisation angehört. Er wird in Einzelhaft gehalten und schwer mißhandelt. Kürzlich wurde seine Haftentlassung von dem amerikanischen „Verband zum Schutz der bürgerlichen Freiheiten“ verlangt.

Im Fall Frank Daring steht ein neuer Prozeß bevor. Daring hatte 15 Jahre Gefängnis erhalten, weil man in seinem Besitz eine Mitgliedskarte des Verbandes der Industriearbeiter der Welt gefunden hatte.

In Kansas steht der Prozeß gegen die Arbeiter Johnson und Downs bevor, die ebenfalls der Zugehörigkeit zu verbrecherischen Gewerkschaftsverbänden angeklagt sind.

In Abadeen in South Dakota steht der Arbeiter Casey unter derselben Anklage.

Diese kleine Blütenlese der amerikanischen Demokratie entnehmen wir einer einzigen Nummer des genannten Arbeiterblattes!

Das Abenteuer der finnischen Weißgardisten.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, bemüht man sich in ganz Finnland, um den aufständischen weißen Bänden in Karelien Geld, Lebensmittel und Kleidung zuzuföhren. So hofft die finnische Bourgeoisie die Landchaft Karelien von Sowjetrußland abzureißen. Finnland wird demnächst eine Denkschrift an den Völkerbund (!) in der karelistischen Frage schicken.

Partei-Literatur.

Der Bankrott Deutschlands.*

Von E. Pawlowski.

Der politische Kampf dreht sich in Deutschland vor allem um die Fragen: 1. Ist Deutschland imstande, die durch die Wiedergutmachungslasten ins Ungeheure gesteigerten staatlichen Lasten zu erschwingen, ja oder nein? 2. Aus welchem Einkommen sollen die staatlichen Ausgaben gedeckt werden: Aus dem Einkommen der Arbeitenden, welches ohnehin nicht hinreicht, um das Existenzminimum nur annähernd zu decken, oder aus den reichen Gewinnen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten?

In der soeben erschienenen Broschüre behandelt der Verfasser diese Fragen auf marxistischer Grundlage. Der Ausgangspunkt ist eine Analyse der Produktion, mit dem Ergebnis, daß die gesamte Produktion Deutschlands gegenwärtig um 30—50% geringer ist als vor dem Kriege. Es besteht eine ständige Unterproduktionskrise, welche durch die Perioden der Ausverkaufskonjunktur nur verschleiert, aber nicht aus der Welt geschaffen wird! Auf dieser ökonomischen Krise baut sich die Finanzkrise des Staatshaushalts auf. Aus der verringerten Produktion sollen die ungeheuren staatlichen Ausgaben und die Wiedergutmachungskosten bezahlt werden. Dies ist unmöglich. Die Lebenshaltung des deutschen Proletariats müßte auf die Hälfte der bisherigen fallen, die deutschen Proletarier müßten verhungern, um dies zu ermöglichen. Aber hungernde Proletarier haben keine Kraft zu produzieren. Daher ist auch dieser Weg ungangbar.

Der Staat hilft sich durch die Ausgabe von immer neuen Papiergeldmilliarden. Auf die Finanzkrise des Staates baut sich die Geldkrise, die Valutakrise, auf. Das Geld wird entwertet, die Mark gilt nur mehr 1,5—2 Pfennige, die Teuerung wird ungeheuer; der Zusammenbruch erscheint unvermeidlich.

Es folgt sodann eine konkrete Kritik der Steuerpläne der Birthingierung und das Steuerprogramm aller Klassen und Parteien, mit dem Ergebnis, daß keines derselben geeignet erscheint, als Lösung der wirtschaftlichen, staatsfinanziellen und Valutakrise zu dienen. Es wird konkret aufgezeigt, wie jede bestehende Klasse bestrebt ist, — und bisher mit Erfolg bestrebt war — die Lasten auf die Arbeitenden: Proletarier, Beamte, Kleinbauern und Kleinbürgertum abzuwälzen, wie die noch so hoch scheinende Geldsteuer durch die rapide Entwertung des Geldes für die Besitzenden zu einer Scheinlast wird. Daher muß an eine Erfassung des Besitzes in seiner Naturalform geschritten werden. Nicht, als ob hierdurch eine Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft möglich wäre, sondern um das Proletariat vor Verelendung zu schützen und den Uebergang zur Diktatur wirtschaftlich vorzubereiten.

Die Broschüre ist systematisch aufgebaut, wissenschaftlich, aber doch in einer Weise geschrieben, daß sie nicht nur die Funktionäre und Agitatoren der Partei, sondern jeder Arbeiter ohne Anstrengung verstehen kann. Die Tatsachen des ökonomischen Zerfalls, der Finanz- und Valutakrise sind so klar und systematisch aneinandergereiht, daß jeder Arbeiter, der dieses Buch aufmerksam durchliest, mit dem ganzen Zusammenhang vollkommen ins Reine kommt. Es versäume daher kein Genosse, sich das Buch zu beschaffen, zu lesen und im Kreise der Arbeitsgenossen — welcher Partei sie auch angehören mögen — zu verbreiten! Wer es durchliest, wird die Richtigkeit der Schwerpunkt der kommunistischen Partei kaum nochmals in Zweifel ziehen.

Das Buch wurde in Moskau verfaßt. Die allerneueste Entwicklung fehlt daher darin. Aber der aufmerksame Leser wird alle Erscheinungen, die sich seither ereignet haben, ohne Schwierigkeiten in das klare System des Buches einreihen können; die allerjüngsten Ereignisse, der Dollar 250—300 M., die ungeheure Teuerung der Kartoffel und anderer Lebensmittel, beweisen die Richtigkeit der Grundansfassung des Buches, daß Deutschlands Finanz- und Geldwesen dem Zusammenbruch entgegengeht.

* Dr. Eugen Pawlowski: Der Bankrott Deutschlands. 128 Seiten. Preis 2,50, geb. 3,00. Verlag Carl Heymann Verlag, Leipzig, Hamburg 11.